

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

3.6.1931 (No. 127)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. A. Menz,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Eine Rundgebung der rheinisch-westfälischen Industrie

Forderungen zur Notverordnung
 (Priv.-Tel.) Der Langnamverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen) und die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatten die Führer der deutschen Wirtschaft zum 3. Juni zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach Düsseldorf eingeladen. Etwa 1500 Tagungsteilnehmer hatten sich zu der Veranstaltung eingefunden.

Die Eröffnungssprache hielt Dr.-Ing. Fritz Springorum, Dortmund. Er wies auf die Schwere der Wirtschaftskrise hin und erklärte, daß jede neue Belastung der Wirtschaft die Erfolgsmöglichkeiten der neuen Notverordnung völlig zerschlagen müsse. Volk und Parteien werden energischen Maßnahmen keinen wesentlichen Widerstand leisten, wenn endlich ganze Arbeit gemacht wird. Es sei eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, nach einem verlorenen Kriege und unter dem Druck unerhörter Tributverpflichtungen einen Reallohn und eine Lebenshaltung aufrechtzuerhalten zu wollen, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Berechtigung haben mögen, die aber heute eine Unmöglichkeit sei. Derjenige erweist heute dem Volke den besten Dienst, der offen und freiwillig die Dinge beim richtigen Namen nennt. Wir alle sind zu großen Opfern bereit, es muß aber die Überzeugung geweckt werden, daß eine entschlossene Führung besteht und nicht alle Opfer in ein Faß ohne Boden fließen. Dann können wir hoffen, nach Jahren der Entbehrung durch eine zielklare, harte und entschlossene Regierung nach oben geführt zu werden. Immer wieder ist festzustellen, daß politische Maßnahmen und parteipolitische Erwägungen wirtschaftliche Erkenntnisse nicht zum Durchbruch kommen lassen. Diese Fragen werden dann meist auf Kosten des Unternehmertums und seines Vermögens zur Arbeiterschaft ausgetragen. Ein einziges Jahr der Durchführung des Youngplans, ohne die bisher üblichen Verschleierungsmanöver durch ausländische Anleihen, hat die Bedeutung der Tributlasten in sämtlichen Schichten des deutschen Volkes spürbar werden lassen. Hängen doch die großen Einkünfte und Entbehrungen mit dem Überlast der Reparationslasten aufs engste zusammen. Wir werden rücksichtslos das verhängnisvolle System der Haftstrafen in Wirtschafts- und Finanzpolitik bekämpfen. Wir müssen von dem Reichsanwalt verlangen, daß er sich mit den besten und tüchtigsten Männern des Volkes umgibt und mit kürzester Frist der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte die Wege ebnet.

Generaldirektor Paul Neusch, Oberhausen, führte u. a. aus: Niemand wird bestreiten, daß unser gegenwärtiger Reichsanwalt vom ersten Bollen besetzt ist. Aber es hat ihm bisher an dem Mut gefehlt, gegen die vorhandenen Widerstände mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Wir müssen auf allen Gebieten des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens in Entschlossenheit und Ausdauer zunächst einmal die Verhältnisse, wie sie vor 5-6 Jahren bestanden, wiederherstellen. Leider ist bei den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen in Genf mit Zustimmung des deutschen Regierungsdirektors eine Verabredung der Arbeitszeit unter Tage von 8 auf 7 1/2 Stunden angenommen worden. Damit ist der erträglichste Weg zu einer Verbesserung der Lage gesperrt.

Fabrikbesitzer R. Kink, Solingen, stellte für die exportierende Industrie fest, daß gewaltige Rückschläge im Export da sind und daß einzelne Länder überhaupt nicht mehr aufnahmefähig und aufnahmewillig sind. Ein Streben nach hohen Schutzschwellen erfüllt die Welt.

Dr. jur. Fritz Thöffen, Mühlheim-Ruhr, verlangte, daß ähnlich wie in Belgien, ein nationales Komitee, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und einem Unparteiischen als Obmann, endgültig über alle Tarif- und Lohnfragen entscheide, wodurch dieser wichtige Abschnitt der Wirtschaft endlich dem politischen Einfluß entzogen werden könnte.

Bergassessor a. D. Strin, Präsident der Industrie- und Handelskammer Münster-Medlinghausen, wies auf die Lage des Ruhrbergbaues hin, die zum Teil noch schlechter sei als in anderen Industrien. Die Halbenbestände haben sich gegenüber 1929 verdreifacht. Die Belegschaft verminderte sich im Laufe der letzten vier Jahre trotz der großen Zahl von Feiertagen um rund 35 Proz. Seit 1920 sind 110 Schachtanlagen stillgelegt worden, nur noch 222 stehen im Betrieb. Heute wird englische Kohle am Rhein billiger angeboten, als deutsche Kohle. Bei dieser Sachlage ist eine weitere Senkung der Produktionskosten unumgänglich erforderlich, was nur durch Verlängerung der Arbeitszeit gesehen könne.

Arbeiterentlassungen im Saarbergbau. Die Generaldirektion der Bergwerke hat den Bergarbeiterorganisationen mitgeteilt, daß sie beschließen hat, vom Monat Mai an monatlich 500 Arbeiter zu entlassen, da sich die Absatzverhältnisse verschlechtert hätten und die Halbenbestände seit Februar um weitere 150 000 Tonnen gestiegen seien. Die Organisationsvertreter wiesen u. a. auf die früheren Überschuße der Bergverwaltung hin und darauf, daß Frankreich als Kohleimportierendes Land mehr Saarkohlen abnehmen müsse, statt Auslandskohle einzuführen. Nach mehrstündigen Verhandlungen erklärte der Generaldirektor, daß man weitere Entlassungen vom 1. Juli an erst vornehmen wolle, wenn die Entwicklung der Lage sich genauer übersehen lasse.

Deutscher Flottenbesuch in Lettland. Einer Einladung der Regierung von Lettland folgend, wird der Kreuzer „Königsberg“ und die vierte Torpedobootflottille Riga, anlässlich der Feier des 10jährigen Bestehens der lettischen Marine besuchen.

Letzte Nachrichten

Die Schlussarbeiten an der Notverordnung

Veröffentlichung nicht vor Samstag

(Priv.-Tel.) Das Reichskabinett, das heute nacht bis gegen 2 Uhr beraten hat, ist um 10 Uhr vormittags erneut zusammengetreten, um die letzte Hand an die Notverordnung zu legen. Wie wir erfahren, sind nur noch einige Einzelfragen, namentlich auf dem Gebiete der Sozialpolitik, zu klären, während es sich im übrigen um die letzte Überarbeitung der Verordnung handelt.

In unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Kabinettsitzung sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Auf jeden Fall wird der Reichsanwalt die Verordnung heute nachmittag dem Reichspräsidenten vorlegen. Sie wird dann, da Dr. Brüning ja heute abend mit dem Reichsaussenminister nach London fährt, bereits die Unterschrift des Kanzlers tragen. Aus dem heutigen Besuch beim Reichspräsidenten darf jedoch noch nicht geschlossen werden, daß die Notverordnung heute auch veröffentlicht wird. Vielmehr dürfte der Reichspräsident sich eine genaue Prüfung vorbehalten. Man rechnet deshalb mit dem Erlass der Notverordnung frühestens am Samstag.

Die Rundgebung, mit der die Notverordnung der Öffentlichkeit übergeben werden wird, wird übrigens auch in den heutigen Beratungen vorbereitet werden. Ein Berliner Morgenblatt will wissen, daß sie sich auf die Reparationsfrage bezieht. Diese Darstellung ist nicht ganz zutreffend; die Rundgebung hat nämlich das Ziel, dem deutschen Volk den Sinn der ganzen Notverordnung klarzumachen. Es liegt auf der Hand, daß in diesem Zusammenhang auch die Reparationsfrage gehört. Doch wäre es falsch, etwa anzunehmen, daß die Reparationsfrage das ausschließliche Thema der Rundgebung sei.

Aufstandsbewegung in Spanish-Marokko?

(Tel.) Der Berichterstatter der „Times“ in Tanger meldet, daß sich in Spanish-Marokko der Sherif ben Aissa als zweiter Abd el Krim bemüht, die Stämme zu einer Aufstandsbewegung zu veranlassen. Die Unruhen sollen angeblich von Royalisten und Kommunisten geschürt werden.

Internationaler Wohnungsbau- und Städtebaukongress in Berlin

Die beiden Kongresse des Internationalen Verbandes für Wohnungs- und Städtebau in London, Mitglied des Genfer internationalen Verbandes für Wohnungs- und Städtebau, wurden am Montag in Berlin durch den preussischen Wohnungsbau- und Städtebau-Minister eröffnet. Der Minister führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß noch immer bei fast allen Kulturvölkern der Druck der Wohnungsnot besteht, deren Verringerung neben der Lösung des Arbeitslosenproblems heute die obersten Aufgaben jeder Staatspolitik seien.

Den Teilnehmern überbrachte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald die Grüße der Reichsregierung. Von allen Ländern — so erklärte er — habe Deutschlands Wohnungswirtschaft am schwersten zu leiden gehabt, da der mehrgjährige Stillstand im Wohnungsbau durch verstärkte Bautätigkeit mit Hilfe öffentlichen Kapitals ausgeglichen werden mußte und Deutschland gerade in dieser Beziehung in besonderem Maße die Hände gebunden seien. Allerdings zeigten sich gerade hier bereits gewaltige Ansätze zur Hebung der Wohnungsnot. Präsident Müller überbrachte die Grüße der kommunalen Spitzenverbände, und versicherte, daß die Gemeinden an dem großen Probleme, deren Verwirklichung die hohe Aufgabe der beiden Kongresse sei, nach Kräften mitarbeiten werden, und daß sie die Arbeiten des Kongresses mit größter Aufmerksamkeit verfolgten.

Die 37. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hannover wurde am Dienstag eröffnet. Beim Eröffnungsfest erklärte Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele: Die Befundung eines so schwer getroffenen Wirtschaftszweiges wie der deutschen Landwirtschaft sei ohne einen gerechten Interessenausgleich aller Verhältnisse nicht möglich. Die Ausstellung soll auch diesmal der Ausbreitung ungebrochener Lebenswillens sein.

Der 30. Deutsche Caritasstag wurde in Würzburg eröffnet. Der Präsident Prälat Dr. Kreuz, Freiburg i. Br., konnte eine stattliche Anzahl Gäste begrüßen, u. a. die Bischöfe von Würzburg, Speyer und Metz, den Weihbischof von Trier. Vertreter der Reichsregierung, verschiedener Länderregierungen, den Präsidenten der Saarregerung, Minister Dr. Stöckel überbrachte namens der bayrischen Staatsregierung eine Regierungsspende von 5000 M.

*Der sozialdemokratische Parteitag

II. (Schluß folgt.)

Die gestrige Sitzung des sozialdemokratischen Parteitags in Leipzig brachte den Beginn der großen Debatte über die Frage, ob die Taktik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion richtig gewesen sei oder nicht. Die Debatte wird heute ihr Ende erreichen, und zum Schluß wird dann die Abstimmung stattfinden.

Wir haben schon gestern betont, daß diese Abstimmung höchstwahrscheinlich positiver Natur sein wird, wenn auch wohl damit zu rechnen ist, daß der Parteitag der Fraktion und dem Parteivorstand die Weisung erteilt, über eine gewisse Grenze des Entgegenkommens dem Kabinett Brüning gegenüber nicht hinauszugehen. An welcher Stelle diese Grenze zu ziehen ist, bliebe dann aber der Entscheidung der Fraktion und des Parteivorstandes überlassen.

Die Opposition, die gestern ausgiebig zu Wort gekommen ist und dabei, wenn auch nicht den Beifall der Delegierten, so doch den der Tribünenbesucher erntete, ist der Meinung, daß die Grenze der Tolerierungspolitik zum mindesten bei der Panzerkreuzerangelegenheit erreicht worden sei, und daß es daher nicht nur das gute Recht, sondern sogar die Pflicht jener neuen oppositionellen Abgeordneten gewesen sei, für ihre Überzeugung und gegen die Fraktion zu stimmen. Der Parteivorstand ist anderer Meinung. Er hat dem Parteitag einen Antrag unterbreitet, durch dessen Annahme unter ausdrücklicher, scharfer Mißbilligung des Verhaltens der Reim die Wiederholung solcher Vorkommnisse ausgeschlossen werden soll. Daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion das Verhalten der neun Mitglieder, die gegen den Panzerkreuzer stimmten, für „einen gefährlichen, das politische Ansehen der Partei aufs schwerste schädigenden Disziplinbruch“ hält, hat gestern noch der Abgeordnete Söllmann mit allem Nachdruck erklärt.

Eine bemerkenswerte Rede hielt gestern der Reichstagsabgeordnete Breitscheid. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Faschismus. Breitscheid meint, die Überwindung des Faschismus werde eine Aufgabe sein, die längere Zeit und alle Fähigkeit der Verehrter der Demokratie in Anspruch nimmt. Gerade deshalb habe sich die Sozialdemokratie zu einer Taktik entschlossen, welche die Nationalsozialisten von der Regierung fernhält. Doch werde man den Gegner nicht wirklich überwinden, wenn man ihn lediglich von der Macht fernhalte, sondern nur dann, „wenn man die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die Entstehung und das Anwachsen des Nationalsozialismus beseitigt“. Das ist ein kluges Wort; es hebt den ganzen Kampf gegen den Nationalsozialismus gewissermaßen auf eine höhere Ebene, auf der sich eher ein Erfolg versprechen läßt.

Aus der Rede des Reichstagsabgeordneten Söllmann verdient der Passus festgehalten zu werden, der sich gegen das Zentrum als christliche Partei wendet. Söllmann hat dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Innenminister Dr. Wirth, die ja beide Zentrumsleute sind, mit besonderer Betonung zugerufen, die „Sozialdemokratie werde eine Kulturbittatur der christlichen Weltanschauung dem Freidenkertum gegenüber nicht zulassen“.

Was die Notverordnung und ihre sehr tiefgreifenden Bestimmungen anlangt, so wird der Parteitag selbst zu ihr nicht Stellung nehmen können. Erst die Reichstagsfraktion wird sich, wie gestern angekündigt wurde, mit der neuen Notverordnung befassen. Wenn aber die Mehrheit des Parteitages die bisherige Taktik der Fraktion und des Parteivorstandes heute ausdrücklich billigen sollte, dann wird für die Fraktion kaum Veranlassung gegeben sein, nun wegen dieser neuen Notverordnung jene Taktik plötzlich zu ändern und dem Kabinett Brüning Feindschaft anzufügen.

Aus der vorgestrigen Rede Tarnows verdienen einige Stellen besonderer Hervorhebung. Tarnow ist der Ansicht, man müsse internationale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht treffen, die öffentliche Wirtschaft müsse weiter ausgebaut werden, die Arbeitszeit sei auf 40 Stunden pro Woche zu kürzen, und die sozialen Leistungen müßten eher noch vergrößert werden. Den Gedanken- und Forderungen Tarnows entspricht die fast einstimmig vom Parteitag angenommene Entschließung zur Wirtschaftspolitik.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 43. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Soweit in dieser Entscheidung eine scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus gefordert wird, ist wohl mit einer allgemeinen Zustimmung aller Teile unseres Volkes zu rechnen. Und ebenso freudig wird man einer anderen Forderung des Parteitag, nämlich der nach internationaler Abrüstung und Streichung der internationalen Kriegsschulden und Reparationen, zustimmen. Dagegen werden andere Forderungen, so vor allem die nach Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und nach weiterer Veranziehung von großen Auslandskrediten, auf starken Widerspruch stoßen. Daß internationale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht nicht möglich sind, versteht sich wohl von selbst. Denn bei der Kapitalflucht ist es ja so, daß der eine Staat, aus dem das Kapital abwandert, weint, während der andere Staat, dem es zufließt, lacht. Voran gesetzt, daß der Zustrom nicht gar zu erdrückend wird, wie zum Beispiel in der Schweiz. Die lachenden Staaten haben natürlich für eine internationale Bekämpfung der Kapitalflucht gar nichts übrig.

Kurze Nachrichten

Tarifbindung im Berliner Einzelhandel. Der Arbeitgeberverband für den Einzelhandel Berlins hat, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, den Gehaltsstuf für die Angestellten zum 30. Juni gekündigt. Ein 5 bis 6prozentiger Gehaltsabbau wurde von den Arbeitgebern bereits zu Beginn dieses Jahres durchgeführt. Die Tarifbindung hat anscheinend in einer beabsichtigten Gehaltsverringerung ihre Ursache. Von dem Lohnabbau würden 50 bis 60 000 Angestellte betroffen werden.

Landvolkführer v. Salomon für das kommunistische Agrarprogramm. Der aus dem Bombenlegerprozeß bekannte Schleswig-Holsteiner Landvolkführer Bruno v. Salomon stellt sich in einer Erklärung an die kommunistische Parteizentrale, die in der „Roten Fahne“ wiedergegeben wird, auf den Boden des kürzlich veröffentlichten kommunistischen Agrarprogramms. Bemerkenswert ist an dieser Erklärung, daß v. Salomon sich sogar die Forderung der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes zu eigen macht.

Die Gnabengesele im „Großen Bombenlegerprozeß“ abgelehnt. Von zuverlässiger Seite wird mitgeteilt, daß die Gnabengesele, die im „Großen Bombenlegerprozeß“ für die rechtskräftig beurteilten Angeklagten eingereicht worden waren, ohne Erfolg geblieben sind. Es handelt sich um die Angeklagten Heim, Johnson, Nidels, Hennings, Becker, Schmidt und Mipper.

Urteil gegen Goebbels bestätigt. Die Strafkammer des Landgerichts I Berlin hat am Dienstag die Berufung des Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels, der wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten Dr. Weiß vom Schöffengericht zu 1500 Reichsmark Geldstrafe verurteilt worden war, auf Kosten des Angeklagten verworfen.

Doumergue heiratet. In aller Stille fand in Paris die Trauung des zurücktretenden Präsidenten der französischen Republik, Doumergue, mit Madame Graves statt. Der Bürgermeister des 8. Stadtkreises vollzog die Trauung im Elisee.

Die englische Wahlreformvorlage ist im Unterhaus mit 278 gegen 205 Stimmen angenommen worden.

Streikbewegung in Spanien. Aus einer ganzen Reihe von spanischen Städten liegen Nachrichten über Streiks der Fabrikarbeiter und Bauern vor. In Basajaiz streiken auch die Fischer. Die Streikbewegung soll gleichzeitig den Charakter eines Kampfes zwischen der nationalen Arbeitergewerkschaft und der sozialistischen Gewerkschaft tragen.

Bestandsaufnahme des spanischen Kirchenvermögens. Eine Bestandsaufnahme des Vermögens der Kirche an Landbesitz, die binnen acht Tagen durchgeführt sein soll, ist in Spanien angeordnet worden.

Eine Weltorganisation der Bäckermeister. Auf dem Internationalen Bäckerkongreß, der dieser Tage in Budapest stattfand, wurde die Schaffung einer Weltorganisation der Bäckermeister beschlossen, die den Namen „Union internationale des boulangers“ tragen wird. Der Sitz der Union ist Wien.

Gehaltskürzung in Japan. Ab 1. Juli sollen die Gehälter der Lehrer von 100 Yen aufwärts gekürzt werden. Von dieser Maßnahme werden mehr als 15 000 von insgesamt 80 000 Lehrern betroffen.

Literarische Neuerscheinungen

Der Große Herder. Im Verlag Herder in Freiburg i. Br. beginnt Anfang Juli „Der Große Herder“ (12 Bände und 1 Weltatlas) zu erscheinen. Schon die Probehefte bezeugen deutlich, daß in diesem Zyklus ein neuer Typ geschaffen wird. Das erkennt man sowohl an der methodischen Art, wie das Wissen wiedergegeben wird, als besonders auch an der vorzüglichen Auswertung des Wissens und Könnens für die Lebenspraxis. Bei Vorausbestellung (bis 30. Juni 1931) ist das Werk zu einem ermäßigten Preis zu beziehen.

Meyers Ostseeführer neu! Zum Ostseejahr 1931 hat der Verlag Bibliographisches Institut AG. in Leipzig die Ostseeführer seiner bekannten Sammlung „Meyers Reisebücher“ in gänzlich neuer Bearbeitung herausgebracht. In drei handlichen Bänden ist die gesamte deutsche Ostseeküste von der Flensburger Förde bis zum Memelgebiet, einschließlich des Hinterlandes, ausführlich behandelt. Die Osthälfte Schleswig-Holsteins bis Hamburg im Süden und das ganze Mecklenburgische Gebiet sind in dem Band „Mecklenburg“ vereinigt (300 Seiten mit 22 Karten, 27 Plänen und 4 Grundrissen. In Ganzleinen 4 RM.). Das Buch gibt zuverlässige Auskunft über alle Seebäder, Kurorte und Sommerfrischen, es führt zu den Schönheiten der Förden und den waldumrahmten Binnenseen der mecklenburgischen und holsteinischen Schweiz, es zeigt die Sehenswürdigkeiten der alten Hansestädte Lübeck und Hamburg, die interessanten Werk- und Hafenanlagen Kiels, die Kunstschätze der Kirchen, Schlösser und Museen. — Der anschließende Band „Pommern“ (284 Seiten mit 10 Karten und 14 Plänen. In Ganzleinen 3,75 RM.) behandelt in gleicher Ausführlichkeit den mittleren, wohl meistbesuchten Teil der deutschen Ostseeküste einschließlich der schönsten und größten deutschen Insel Rügen und der vielbesuchten dänischen Insel Bornholm. Wer Ausflüge im Insel- und Küstengebiet unternehmen will, wer sich in einem Weltbad amüsieren oder an einem ruhigen Badestrand erholen will, findet für alle seine Bedürfnisse reiche Hinweise und Anregungen. — Das bedeutungsvollste Ereignis auf dem Reisebüchermarkt dieses Jahres ist zweifellos das Erscheinen von Meyers „Ostpreußen“ (212 Seiten. Mit 11 Karten, 12 Plänen und 1 Seezeichentafel. In Ganzleinen 3,50 RM.), denn zum ersten Male wird

Der Leipziger Parteitag der SPD.

Mehrheit für die Parteiführung gesichert

Der zweite Tag des sozialdemokratischen Parteikongresses in Leipzig, der Dienstag, hat die beiden großen Referate von Breitshied und Sollmann und die erste Hälfte der Aussprache der aktuellen Probleme gebracht, die die Sozialdemokratie augenblicklich bewegen. Es sind die großen Fragen der Tagespolitik, denen man allgemein besonderes Interesse entgegenbringt, und so konnte die Debatte am Dienstag noch nicht zu Ende geführt werden. Nachmittags soll die Abstimmung sein.

Der Verlauf der Dienstagberatungen hat bereits bestätigt, daß von dieser Abstimmung keine Überraschungen zu erwarten sind. Der Beifall, der die Ausführungen oppositioneller Redner begleitete, kam von der Galerie. Die Delegierten quittierten solche Ausführungen mit absolutem Schweigen. Auch ein Zeichen dafür, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion die überwiegende Mehrheit des Reichstags hinter sich haben. So ist es denn sicher, daß heute nachmittag die Entscheidung angenommen wird, die zwar Wünsche — namentlich an die Adresse der Reichsregierung gerichtet — enthält, die aber die Politik der Reichstagsfraktion billigt und die Entscheidung über die Notverordnung usw. in deren Hand legt.

Abg. Sollmann hat ja in seinem Referat schon angekündigt, daß die Fraktion sofort nach Veröffentlichung der Notverordnung zusammentreten und sie prüfen wird. Da die Mehrheit zunächst einem vorsichtigen Kurs zuneigt, wenn es irgendwie tragbar erscheint — was auf die Tolerierung der Reichsregierung hinausläuft —, so bedeutet der sozialdemokratische Parteitag im ganzen eine Entspannung der parlamentarisch-politischen Situation für das Reichskabinett, soweit es sich um das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Regierung handelt. Die Parteiführung selbst geht angesichts der starken in der Aussprache immer wiederholten Betonung der Notwendigkeit, Disziplin zu halten, mit einer erheblichen Stärkung aus der Tagung hervor. Sie kann ihre Entschlüsse nach der jeweiligen Lage fassen.

Die weitere Aussprache

W.D. Leipzig, 8. Juni. (Tel.). In der Fortsetzung der politischen Aussprache lag dem Parteitag neben dem Antrag Seydewitz-Nosenfeld ein neuer Antrag Künstler-Aufhäuser vor, in dem es u. a. heißt: Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die statt der Erhöhung ausreichender Einnahmen die Armeen der Armen in ihrer großen Lebenshaltung durch weiteren Leistungsabbau noch mehr herabdrückt, würde auf den entscheidenden Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Ebenso wendet sich der Parteitag gegen eine neue Regelung, die auch noch die aus der Versicherung bereits Ausgesteuerten mit einer Verschlechterung der Unterhaltungsbedingungen bedroht. Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern.

Reichstagsabgeordneter Dittmann, der als erster Redner das Wort erhielt, wandte sich scharf gegen die Ausführungen des Oppositionellen Seydewitz. Der Radikalismus um Seydewitz sei gerade so, wie der um Hitler. Er habe nichts mit Vernunft zu tun, auch nichts mit dem, was man gesunden Menschenverstand nenne (Hört! Hört!) und Widerspruch auf den Tribünen.

Reichstagsabgeordneter Aufhäuser betonte, daß es heute nicht auf schematische Ja oder Nein ankomme, sondern auf den Inhalt der Tolerierungspolitik. Die neue Kürzung der Beamtengehälter, die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Abbau bei den Kriegsbeschädigtenrenten seien untragbare Belastungen, zumal die Arbeitslosenversicherung nicht restlos saniert werde. Die Tolerierung dürfe nicht um ihrer selbst willen, um der Regierung willen erfolgen, sondern sie könne nur solange tragbar sein, als sie im Interesse der Arbeiterschaft geführt werden könne.

Auch Niesel-Darmstadt erklärte als nächster Redner, daß die übergroße Mehrheit der Parteigenossen die Notwendigkeit der Tolerierungspolitik erkannte habe. Bei weiteren sozialen Verschlechterungen müßte aber die Tolerierung eine Grenze haben.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Die Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat ihre Beratungen über die Dauer der Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken beendet. Entsprechend einem deutsch-englischen Antrag wurde beschlossen, daß drei Jahre nach dem Inkrafttreten der Konvention über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit nochmals verhandelt werden soll. Die Frage der Überstunden wurde so entschieden, daß die Behörden den Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen 60 Überstunden im Jahre zur Verfügung stellen können.

damit dieser früher zu Unrecht vernachlässigten Landschaft, die ihre ganz eigenen Reize besitzt, ein Spezialführer gewidmet. Gerade jetzt, da dieser alte deutsche Kulturboden besonders unlämpft und gefährdet ist, bedeutet das Erscheinen dieses Buches weit mehr als nur ein Hilfsmittel für den Reiseverkehr. Der Ostpreußenführer zeigt alle Zugangswege ab Berlin, Swinemünde und Breslau; für Polen, Memelgebiet, Litauen werden wertvolle Verhaltensmaßregeln gegeben; die Seebäder von Poppo bis Memel, die Kurische Nehrung und die Masurenischen Seen, die sehenswerten Städte und die Schlachtfelder von 1914/15 sind ausführlich dargestellt. Meyers Ostseeführer enthalten zusammen die stattliche Zahl von 43 Karten und 53 Plänen, was von keinem anderen Führer für dieses Gebiet erreicht wird. Auch in der farbigen Gestaltung und in der Klarheit und Vielseitigkeit sind diese unübertroffen. Sogar Jugendherbergen und Autobuslinien sind überall verzeichnet; auf den Stadtplänen heben sich die großen Durchgangsstraßen deutlich heraus und erleichtern so die Orientierung.

Paul Cipper: Freundschaft mit Katzen. Mit 32 Bildnisstudien von Hedda Walther. (Leinenband 5,50 RM. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Köhler), Berlin.) — In diesem neuen Buch spricht Paul Cipper von seiner engsten und innigsten Beziehung zu Tieren, von der Begleitung eines Menschen. Abertausend Katzen leben in menschlicher Gemeinschaft, neben dem Hund ist uns vielleicht kein Tier so vertraut wie sie. Und doch, wer hat gleich dem Verfasser von „Tiere sehen dich an“ jede Bewegung, jede Daseinsäußerung dieser formvoll weichen, herrlich selbstbewußten Geschöpfe so klar gespürt, so rein bezogen? Waghame Güte, verzehende Liebe, freundschaftliches Belassen, sie sind der unteilbare Atem des schönen Buches. Paul Cippers Berichte und Aufzeichnungen ziehen den Vorhang der Fremdbildung weg von der tierischen Natur. Das ganze Katzenleben zieht an uns vorüber, als Wirklichkeit, die sich selbst erzählt, als Fülle des Sichtbaren, nicht als Überschwang der Empfindsamkeit: Komik und Leidenschaft, Freude, Schmerz, grausamer Lebenskampf, Biß und Droherie, jede Stunde des Tages und der Nacht. Ebenso bunt ist die Galerie der zweihundertfünfzig photographischen Porträts, wodurch Hedda Walther fäktisch und dekorativ die Schönheit aller Katzenarten zeigt.

Die Länder und die Notverordnung

Die Ministerpräsidenten beim Reichskanzler

Die Ministerpräsidenten der Länder, von denen die Mehrzahl mit ihren Finanzministern erschienen ist, sind Dienstag nachmittag vom Reichskanzler empfangen worden. Der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister legten in der fünfstündigen Konferenz sehr eingehend die Gesichtspunkte dar, von denen sich das Reichskabinett bei dem Entwurf der neuen Notverordnung hatten leiten lassen. Von einzelnen Länderministern wurden im Anschluß daran Sonderwünsche erörtert und vor allem die Rückwirkungen der Notverordnung auf die Finanzlage der Länder und Gemeinden besprochen. Die Aussprache trug lediglich einen informativen Charakter.

Die Volkspartei zur Notverordnung

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Montagnachmittag mit der Notverordnung. In der Presse der Partei wird, wie es heißt, die Ansicht vertreten, daß die Regierung mit den neuen politischen Maßnahmen von der politischen Linie abweiche, die bisher die Volkspartei mit der Reichsregierung vertreten habe und die darin zum Ausdruck kam, daß keine neue Belastung der Wirtschaft, sondern eine Senkung der Produktionskosten durchgeführt werden soll. Vor allem ist das Projekt der Krisensteuer sowohl für die Angestellten als auch für die anlagepflichtigen Einkommen auf schärfsten Widerspruch gestoßen, wie sich auch die Fraktionsführung gegen die Besetzungsfürzung in der getaffelten Form bei den Beamten ausgesprochen hat. Von der Einführung einer allgemeinen Arbeitszeitförmung werden keinerlei praktische Ergebnisse, sondern nur eine Beunruhigung erwartet.

Das Programm des Do. X

Bei den Dornier Metallbauten in Friedrichshafen ist ein Telegramm des „Do X“ eingelaufen, das über den letzten, am Samstag stattgefundenen Flug des „Do X“ nach den Kapverdischen Inseln berichtet. Danach hat das Flugboot bei Gegenwind für die 1160 Kilometer lange Strecke eine Flugzeit von genau 7 Stunden benötigt, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 167 Stundenkilometern entspricht. Über die weiteren Pläne wird mitgeteilt, daß das Flugboot nunmehr wahrscheinlich eine Reihe ähnlicher Versuchs- und Erkundungsflüge wie in Bolama unternommen wird, die allerdings nur einige Tage dauern dürfen. Ob dann noch der Weiterflug nach Südamerika angetreten wird, hängt neben anderen Umständen vor allem auch von den Witterungsverhältnissen ab.

Wie Reuters von den Kapverdischen Inseln meldet, soll der Start des „Do X“ nach Südamerika für heute festgesetzt worden sein.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das seit ungefähr drei Wochen die Halle nicht mehr verlassen hat, hat am Dienstag eine Tagesfahrt in die Schweiz unternommen. An der Fahrt nahmen 20 Fahrgäste teil.

Das Schwurgericht Tübingen verhandelte gegen 23 Kommunisten wegen der sogenannten Nagolder Saalshlacht, bei der Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen worden waren. 15 Angeklagte wurden wegen Landfriedensbruchs, Raufhandels, Waffenbesitzes usw. zu Gefängnisstrafen von 10 Monaten bis zu 3 Wochen, einer zu 8 Wochen Haft verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen.

Infolge eines Nervenzusammenbruchs hat der Generalagent der Notverbandes Versicherungsgesellschaft in Götting, Werner Mehlhahn, seine Frau, seine Tochter und dann sich selbst erschossen.

In einer Anstellung bei Kienigk erschöpfte die Hausangestellte Ilse Arnold aus Berlin die Frau des Oberleutnantenkreuzers Mengel. Die Frau Mengel hatte vermutet, daß das Mädchen in ihrer Abwesenheit gestohlen habe und es darum in seinem Zimmer eingeschlossen, um die Polizei zu verfrachten.

„Der Weg zurück“ in Irland verboten. „Der Weg zurück“, das neue Werk Erich Maria Remarques, ist im irischen Freistaat auf die Liste der verbotenen Bücher gesetzt worden. Ein weiteres ausländisches Buch auf dieser Liste ist „Bagabunden“ von Knut Hamsun.

Badischer Teil

Der Stand der Saaten usw. in Baden Anfang Juni

St.-L.-A. Infolge außerordentlich günstiger Witterung im abgelaufenen Monat Mai haben sich Getreide- und Futterrüben mit wenig Ausnahmen schon entwickelt und zeigen gesunden und kräftigen Bestand, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Klagen über Verunreinigung sind selten; vereinzelt wird über Mäuse- und Schneckenfraß geklagt. Die Hackfrüchte — Früh- und Spätartoffeln, Futter- und Zuckerrüben — stehen gesund und versprechen gute Erträge. Die Baumbäume sind gut verlaufen und läßt vielerorts reiche Obstjahren erwarten.

In einigen Bezirken des Oberlandes sind in den letzten Tagen Hagelwetter niedergegangen, die in verschiedenen Gemeinden zum Teil großen Schaden anrichteten.

In den Weinbergen zeigen die Reben reiche und gesunde Samenansatz, der einen guten Ertrag in Aussicht stellt.

Verbot des nationalsozialistischen „Heidelberger Beobachters“

Die in Heidelberg erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Heidelberger Beobachter“ wurde vom Minister des Innern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 mit Wirkung vom 1. Juni 1931 auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Anlaß zu dem Verbot gab ein in der Nr. 55 dieser Tageszeitung erschienener Leitartikel mit der Überschrift: „Abstreiten“, 4 ermordete Nationalsozialisten in 5 Tagen, Brünning und Hindenburg sind nicht fähig, das Leben deutscher Staatsbürger zu schützen.“ Der Artikel enthielt schwere Beschimpfungen und eine böswillige Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Badischer Landtag

Die nächste Plenarsitzung

Die nächste Vollversammlung des Badischen Landtags findet nicht am 10., sondern am 11. Juni, nachm. halb 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung dieser Donnerstagssitzung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betr. die Staatshaushaltsordnung (Berichterstattung Abg. Dr. Baumgartner). Dann kommt der Zentrumsantrag, betr. Vinerung der Not der Gemeinden zur Erledigung (Berichterstattung ist der sog. Abg. Heide). Das Haus wird sich weiterhin mit einem Gesuch des 10. Kreises der Deutschen Turnerschaft (Baden), das die Werbung zum Beitritt in Turn-, Sport- und Jugendpflegevereine durch Geistliche und Lehrer zum Gegenstand hat, beschäftigen (Berichterstattung Abg. Dr. Person vom Zentrum); desgleichen mit einer Eingabe der Mannheimer Bildhauer, worin diese auf ihre Notlage hinweisen (Berichterstattung Abg. Dr. Wadewitz von der Volkspartei). Es folgt der Bericht des Rechtsplegeausschusses über den deutschnationalen Antrag, betreffend Aufhebung der Sonntagsruhe am Verfassungstage und das Gesuch der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels in gleicher Sache (Berichterstattung ist der sog. Abg. Marzloff). Schließlich bringt die Tagesordnung die Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. Dr. Baumgartner und Gen. (Zentr.), betr. Arbeitsvermittlung nach Frankreich, und der Abg. Leichter und Gen. (Komm.), in gleichem Betreff. Weitere Gegenstände bleiben vorbehalten. Man hofft, das Pensum in zwei Sitzungen zu erledigen, worauf die Sommerferien beginnen sollen.

Schutz des Hohenstoffels vor Zerstörung

Zu der Zerstörung einer der schönsten Gegauberge, des Hohenstoffels, erläßt das Bezirksamt Engen eine Erklärung, in der es heißt: „Solange nicht durch ein Reichs- oder Landesgesetz den Behörden die Möglichkeit gegeben wird, kann der Baufallbruch am Hohenstoffel nicht zwangsweise beschränkt oder stillgelegt werden, was allerdings auch eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verteuerung des Straßenspaters für Engen und Umgebung bedeuten würde. Trotzdem ist es gelungen, einweilen den Gipfel des Hohenstoffels vor Zerstörung zu schützen, indem der Grundeigentümer veranlaßt wurde, bei Verpachtung des Geländes an das Reichsamt zu bedingen, daß die Ruine auf dem Gipfel nicht gefährdet werden dürfe, was vom Bezirksamt durch Vereinbarung mit dem Direktor des Reichsamtwerkes festgelegt wurde, daß der Steinbruch nicht näher als 80 Meter an die Ruine herangeführt werden dürfe. Die Einhaltung der Vereinbarung zu überwachen, läßt sich der Landesverein „Badische Heimat“ besonders angelegen sein. Alljährlich oder öfters prüfen einige sachkundige Mitglieder des Vereins an Ort und Stelle, ob die Vereinbarung eingehalten wird. Sie würden nicht verfehlen, dem Bezirksamt Mitteilung zu machen, wenn der Vereinbarung zuwidergehandelt werden würde.“

Aus der badischen Industrie

Neue Lohnunterschiede in Brombach. Nachdem der Lohnkonflikt in der Zettlerei und Spulerei in Brombach beigelegt ist, hat die Firma den Arbeitern und Arbeiterinnen der Weberei die schriftliche Aufforderung ausgestellt, statt der bisher vier von nun an 6-8 Webstühle zu bedienen, und zwar zu einem geringeren Lohnsatz. Dies hatte zur Folge, daß die Arbeiter trotz der Mehrarbeit keinen höheren Verdienst haben. Wer die Mehrarbeit nicht leisten will, kann sich auf 15. Juni also entlassen betrachten.

Aus der badischen Landwirtschaft

Siedlungsarbeiten nach Steiermark und Kärnten. Die Siedlungsgebiete in Steiermark und Kärnten finden in Baden immer mehr Beachtung und es hat sich bereits eine größere Anzahl von badischen Landwirten auf bäuerlichen Anwesen Steiermarks angekauft. Die Siedlungsberatung der Badischen Landwirtschaftskammer plant für die Woche vom 21. Juni ab eine Besichtigungsreise nach den genannten Siedlungsgebieten.

Tagungen

Die Jahresversammlung des Allgemeinen Deutschen Jagdclubsvereins, Landesverein Baden, in Schwetzingen war von über 60 Mitgliedern aus ganz Baden besucht. Der Landesvorsitzende, Erz. Mengelbier, erstattete den Jahresbericht, wobei gegen das Überhandnehmen ausländischer Jäger Stellung genommen wurde. Kritisiert wurde das badische Gesetz, das die Verwendung von Katzen für die Prüfung von Jagdhunden verbietet und als Tierquälerei bestraft. Die Jahresversammlung 1932 findet in Offenburg statt. Versprochen wurde die Einführung einer Prüfung für Jagdaufsicherer und gewünscht, unter den Wildschweinebefähigten keine Jagderei zu treiben und führende Baden nicht abzuschließen. Der Verein will versuchen, für Wildtauben wenigstens während der Brutzeit eine Schonzeit einzuführen. Zum Schutze des Edelwildes wurde empfohlen, keine Prügelfallen zu stellen, da erfahrungsgemäß gerade der Edelwild in Prügelfallen geht, während er Eisenfallen meist meidet. Die Jahresversammlung hörte sodann einen Vortrag von Fabrikant Walter Freudenberg aus Weinheim über das Wuffelwild im Odenwald. Es ging daraus hervor, daß das interessante Zuchtexperiment geglückt ist. Weiter sprach Prof. Dr. Sommerfeld, Mannheim, über das Ruffen des Wildes.

Tagung der badischen Mädchenschuldirektoren. Der Deutsche Verband der Direktoren höherer Bildungsanstalten für die weibliche Jugend hielt in Heidelberg seine Jahresversammlung ab. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Frage der Frauenoberstufe. Es handelt sich um einen dreijährigen Aufbau auf das Gymnasium, wobei Denkfehler und gestaltende Fächer etwa gleichmäßig betont und in enger Wechselwirkung zueinander gestellt werden. Die Versammlung verhielt sich der neuen Schulform gegenüber im ganzen sehr freundlich. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, es möchten auch mit dieser Schulform bestimmte, festumrissene Vereinbarungen verbunden werden. Die Frauenoberstufe ist in Nord- und Mitteldeutschland bisher an 27 Anstalten verwirklicht.

Badische Zahnärzttagung in Konstanz. Auf der dieser Tage in Konstanz abgehaltenen Hauptversammlung des Landesverbandes Baden im Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands wurden in der Hauptsache wirtschaftliche und standespolitische Fragen erörtert, wobei vor allem die Altersversorgung eine wesentliche Rolle spielte. Auch die wissenschaftliche Betätigung des Verbandes im Jahre 1930 und die wissenschaftlichen Veranstaltungen im Jahre 1931 fanden im Vordergrund des Interesses. Hierher gehört vor allem der zur Zeit in Mannheim stattfindende sozialhygienische Kurs, da die Zahnärztliche Vereinigung ein großes Gewicht auf die weitegehende Spezialkenntnis auf diesem Gebiet vor Ausübung der Schulzahnpflege nachgewiesen werden soll.

Die Einwohnerzahl der Stadt Rehl ist auf 31. Mai mit 11 004 festacelliert worden.

Diezigjährige Dienstjubiläum von Kirchenpräsident D. Wurth

Am gestrigen 2. Juni waren vierzig Jahre verfloßen, seitdem Kirchenpräsident D. Wurth in den Dienst der badischen Evangelischen Landeskirche eingetreten ist. Aus diesem Anlaß fand vormittags um 9 Uhr im Sitzungssaal des Evang. Oberkirchenrats in Karlsruhe eine schlichte Feier statt, zu der alle Mitglieder, Beamten und Angestellten des Oberkirchenrats, sowie die Vorstände des Presseamts, des Sozialamts und der Stiftungsverwaltung erschienen. Der Stellvertreter des Kirchenpräsidenten, Oberkirchenrat Dr. Doerr, überreichte dem Jubililar namens der Mitglieder und der Beamtenschaft des Oberkirchenrats eine von Buchbindermeister Schid künstlerisch eingedruckte Adresse. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Anlaßlich der vierzigsten Wiederkehr des Tages, an welchem Herr Kirchenpräsident D. Wurth in den Dienst der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens eingetreten ist, zu deren Führer er nunmehr berufen ist, bringen wir — Mitglieder, Beamten und Angestellten des Evangelischen Oberkirchenrats — ihm unser herzlichsten Glück- und Segenswünsche dar. Möge Gottes Gnade ihn auch fernerhin leiten und sein Wirken im Dienste der Kirche segnen!“

Im Anschluß an die Verlesung der Adresse würdigte Oberkirchenrat Dr. Doerr die vorbildlich treue Arbeit des Jubilars im Dienste der Kirche, besonders hob er das Wohlwollen und die Fürsorge hervor, deren sich die Beamtenschaft seitens des Kirchenpräsidenten erfreuen darf. Als Vertreter der geistlichen Mitglieder des Oberkirchenrats sprach Prälat D. Kühlewein dem Jubililar herzliche Segenswünsche aus: In einer an früheren Räten überreichen und von allerlei Stürmen durchtobten Zeit, wie es die unsrige ist, ist es eine schwere Aufgabe, das Steuer der Kirche sicher zu lenken; solches kann nur unter dem göttlichen Beistand geschehen. Kirchenpräsident D. Wurth, der durch die Veranstaltung der Feier überaus dankbar war, dankte aus bewegtem Herzen für die herzliche Glückwünsche, für alle treue Mitarbeit im Dienste der Kirche; vor allem aber gab er Gott die Ehre, dessen Gnade allein ein Menschenwerk mit Erfolg krönen kann.

Gemeinderendschau

Am die Bier- und Bürgersteuer in Weinheim. Der Bezirksrat Weinheim hatte beiläufig in einer außerordentlichen Sitzung die Aufhebung der bezirkspolitischen Vorschriften, betreffend die Einführung der Bier- und Bürgersteuer in den Gemeinden Leutershausen, Sulzbach, Laubendach, Hohenbach, Oberflodenbach und Heddesheim beschlossen. Diergegenüber erhob der Vorsitzende des Bezirksrats, Landrat Dr. Pfaff, Beschwerde beim Ministerium des Innern. Der Minister hat nunmehr verfügt, daß in den obengenannten Gemeinden die Bier- und Bürgersteuer zu den vorgeschriebenen Fristen einzuführen ist.

Die Biersteuer in Schwetzingen ist, nachdem der Bürgerausschuß die beantragte 70prozentige Erhöhung mit großer Mehrheit abgelehnt hatte, vom Bezirksrat um 60 Proz. erhöht worden. Die Steuer beträgt jetzt 750 RM für das Heftoliter Vollbier gegen bisher 5 RM und tritt am 1. Juni in Kraft.

Der Bürgerausschuß Wiesloch hatte sich zum letzten Male mit der Frage des Voranschlags zu befassen. Er hatte in seiner letzten Sitzung den Voranschlag abgelehnt, und zwar nach den von den Fraktionen abgegebenen Begründungen deshalb, weil im Voranschlag eine Erhöhung der Bürgersteuer und der Gemeindefürsorge um 50 Prozent zu den in Wiesloch bestehenden Normalhöhen eingekalkuliert war. Da die Stadtgemeinde durch die Notverordnung dazu gezwungen war, hat der Bezirksrat dem Bürgerausschuß nochmals die Möglichkeit zur Beratung gegeben. Bürgermeister Dr. Gröppler führte aus, daß man keine Abstriche mehr vornehmen könne, um den Haushalt zu senken. Im Gegenteil seien die Überweisungen nach einem Bericht des Finanzministeriums um 12 000 RM zurückgegangen. Dieser Betrag muß im Laufe des Jahres noch eingepart werden. Bei der Aussprache konnten sich die Fraktionen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten nicht zu einer Zustimmung finden, während das Zentrum, das sich in der letzten Sitzung der Stimme enthielt, diesmal seine Zustimmung mit den anderen Mittelparteien gab. Das Ergebnis der Abstimmung war eine Ablehnung mit 87 gegen 25 Stimmen. Bürgermeister Dr. Gröppler beantragte, daß nun zwangsweise eine Erhöhung seitens des Staates vorgenommen werden müßte. Alle Parteien erkannten die äußerst spärliche Ausstattung des Gemeindefinanzplans an.

Der Bruchsaler Voranschlag wurde vom Stadtrat mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Zur Deckung von 35 000 RM sollten die Getränke-, Bier- und Bürgersteuer erhöht werden. 15 000 RM sollten von der erhöhten Getränkesteuer aufgebracht werden, 10 000 RM von der erhöhten Biersteuer und die restlichen 10 000 RM von der erhöhten Bürgersteuer. Die Erhöhung der Getränkesteuer wurde teilweise abgelehnt, und daran scheiterte die Sache. Bei der Schlußabstimmung wurde dann der Gesamtvoranschlag mit obigem Stimmverhältnis abgelehnt.

Weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit in Konstanz. Am 26. Mai wurden in der Stadt Konstanz 1079 Arbeitslose unterstellt, darunter 878 männliche und 203 weibliche; gegenüber der Vormoche ein Zugang von 74 männlichen und 18 weiblichen Hauptunterstützten. Wegen Ablaufs der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung mußten von der städtischen Fürsorge unterstützt werden (Wohlfahrtsbermerkslose): laufend 190 Arbeitslose (190), vorübergehend 32 (32). Empfänger von Arbeitslosenunterstützung müssen außerdem ergänzend von der städtischen Fürsorge unterstützt werden: laufend 108 (108), vorübergehend 19 (19). Bei der Stadt sind 80 (80), bei der Kreisverwaltung 12 (12) Notstandsarbeiter beschäftigt.

Der Bürgerausschuß Untergrombach bei Bruchsal trat zum erstenmal seit den Neuwahlen im November zusammen. Als erster Punkt wurde die Gemeindefürsorge für 1929 erledigt, die mit 45 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen angenommen wurde. Das erfreuliche jedoch ist, daß die Umlage, die seither 1,80 RM betrug, auf 89 Pf. für 1931 ermäßigt werden wird. Gegenw. wurde der Voranschlag für 1931 genehmigt.

Der Bürgerausschuß Diersheim hat in seiner letzten Sitzung den Voranschlag genehmigt. Die Umlage konnte von 46 auf 43 Pf. gesenkt werden. Die Verwaltung hofft, ohne Bier- und Bürgersteuer auszukommen. Die Gemeindefürsorge soll nach einstimmigem Beschluß dahin geändert werden, daß künftig nur noch Ratsschreiber und Gemeindefürsorge als Gemeindefürsorge angestellt werden sollen, alle anderen als Gemeindefürsorge.

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Breisach. Der Gemeinderat Breisach erledigte in mehreren Sitzungen den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931/32. Nach diesem Voranschlag betragen die gesamten Einnahmen 635 368 RM, die gesamten Ausgaben 448 878 RM, so daß 86 490 RM ungedeckt sind. Zur Erhebung gelangen vom Grundbesitz 85,8 (bisher 88,8) RM, vom Betriebsvermögen 32,52 (bisher 35,52) und vom Gewerbeertrag 613 (606) RM.

Der Voranschlag für St. Georgen beträgt in Ausgaben 786 504 RM, in Einnahmen 649 865 RM, so daß ein ungedeckter Aufwand von 136 639 RM entsteht. Es sind folgende Steuern zu erheben: die Bürgersteuer mit 50 Prozent, die Gemeindebesteuer mit einem Zuschlag von 50 Prozent.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. Juni		2. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.31	169.65	169.16	169.50
Kopenhagen 100 Kr.	112.68	112.90	112.67	112.89
Italien . . . 100 L.	22.01	22.05	22.005	22.045
London . . . 1 Pf.	20.473	20.513	20.466	20.506
New-York . . . 1 D.	4.2065	4.2145	4.206	4.214
Paris . . . 100 Fr.	16.459	16.499	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.58	81.74	81.60	81.76
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.105	59.225
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.464	12.484

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 25. bis 30. Mai 1931 auf 78,5 gegenüber 80,7 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe „Bergbau und Schwerindustrie“ auf 71,0 (73,4), Gruppe „Verarbeitende Industrie“ auf 69,1 (71,2) und Gruppe „Handel und Verkehr“ auf 101,7 (103,8). Für den Durchschnitt des Monats Mai 1931 ist der Index mit 83,0 gegenüber 92,4 im Durchschnitt April 1931 ermäßigt, und zwar in der Gruppe „Bergbau und Schwerindustrie“ mit 76,2 (88,4), Gruppe „Verarbeitende Industrie“ mit 73,5 (82,1) und Gruppe „Handel und Verkehr“ mit 105,9 (113,9).

Tagung der südwestdeutschen Holzwirtschaft

Am Freitag begann in Donaueschingen die ordentliche Generalversammlung des Vereins der Holzinteressenten Süddeutschlands. Die Verhandlungen standen unter der Leitung von R. Commerell-Höfen (Enz). Der Tagung wohnte u. a. auch der Präsident des Badischen Landtags bei.

Der Sektionsleiter des Vereins, Freiburg, verzeichnete in seinem Tätigkeitsbericht die Vereinsarbeit auf den verschiedenen Gebieten der Holzwirtschaft und hat insbesondere die handelspolitischen und frachtarisatorischen Notwendigkeiten der südwestdeutschen Holzwirtschaft, sowie der Forstwirtschaft hervor. Dabei berichtete er über den Stand der Einbeziehung von Holzzeugnissen in das Einfuhrzollsystem.

Am Samstag fanden Verhandlungen über Bestrebungen zur Gesundung der inneren Verhältnisse in der Holzwirtschaft, insbesondere in der süddeutschen Industrie und der Abfahrverhältnisse statt. Im Anschluß daran referierte der Vorsitzende des Sonderausschusses für die südwestdeutschen Holzhandelsgebiete, Fritz Haas, Freiburg. Der Sektionsleiter des Rheinisch-Westfälischer Holzhandels in Essen, Dr. Gauslaben, sprach über die Gesundung der Verhältnisse im Holzhandel und betonte, daß die gesamte Holzwirtschaft vom Verbraucher über Plankholzhandel, Sägewerk, Holzwerk, Holzimporteure bis zum Waldbesitzer ein einziges Gebäude darstellt. Solange der Waldbesitzer oder der Sägewerksbesitzer oder der Langholzhändler an die unrichtigen Abnehmer verlaufe, also Kreditfälligkeiten verursache, werde keine Gesundung der Verhältnisse eintreten. Der Referent sprach die Hoffnung aus, daß in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten es gelingen werde, die auf diesem Gebiete bereits angebahnte Säuberung soweit zu fördern, daß die einzelnen Gruppen der Holzwirtschaft wieder auf eine reale Basis gestellt werden können.

Diese Ausführungen fanden ihre Unterstützung und Ergänzung durch Sektionsleiter Wirtgen vom Süddeutschen Sägewerksverein München. Ein Appell an die Sägewerksindustrie zu zielbewusster Zusammenarbeit aller Kräfte, stellte das Referat des württembergischen Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Scheffold von der württemb. Einlaufgenossenschaft Stuttgart über planmäßiges Wirtschaften in Ein- und Verkauf dar. Seine Ausführungen, in denen er auf die besondere Mitwirkung der Staatsforstverwaltungen und des Waldbesitzes an den zu lösenden Problemen forderte, beschloßen die Tagung.

Nobi & Bienenberger, Aktiengesellschaft für Bijouterie- und Kettenfabrikation, Forzheim. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 22. Juni einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, den nach Abschreibung von 17 000 RM auf Immobilien (wie im Vorjahr) und 85 809 RM auf Maschinen und Geräte (i. V. 59 351 RM.) verbleibenden Reingewinn von 27 177,12 RM., zusammen mit dem vorjährigen Gewinnortrag von 152 904,32 RM., somit 180 081,44 RM. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Maschinenfabrik Lorenz AG, Ettlingen, legt soden ihren Geschäftsbericht und Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 vor. Aus ihm geht hervor, daß auch an diesem Unternehmen das Krisenjahr 1930 nicht spurlos vorübergegangen ist. Trotzdem konnten die üblichen Abschreibungen von rund 100 000 Reichsmark abermals vorgenommen werden. Der Verlust nach dem Ausland ist gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegen. Die Beschäftigung des Unternehmens ist auch für die nächsten Monate noch befriedigend. Zur Verfügung der Generalversammlung, die am 8. Juni stattfindet, stehen 24 141 RM.

Deutsche Acetat-Kunstseiden AG, „Ahoisjeta“, Freiburg. Auch das Geschäftsjahr 1930 schließt diese mit einem Kapital von 8 Millionen Reichsmark arbeitende Gesellschaft mit einem Verlust von 129 952 RM. ab, wodurch sich der Gesamtverlust auf 3 841 065 RM. erhöht. Aus dem Bericht ergibt sich, daß in der ersten Hälfte des Jahres der Verlauf der Geschäfte langsam ansteigend war und als normal bezeichnet werden konnte. Am Schluß des Jahres machte sich jedoch die allgemeine Wirtschaftsdpression stark bemerkbar, so daß der Absatz plötzlich weit unter die Produktionsmöglichkeit fiel und gleichzeitig die Verkaufspreise gesenkt werden mußten, weil das Unternehmen stark unter der ausländischen Konkurrenz, besonders unter der belgischen, zu leiden hatte. Einem Bruttogewinn von 2 321 221 (493 514) RM. stehen an Unkosten 656 136 RM. und an Zinsen 684 553 RM. (i. V. zusammen 1,39 Mill. RM.), gegenüber, so daß sich nach Abschreibungen in Höhe von 1 110 464 (528 274) RM. der obengenannte Verlust für 1930 (i. V. 1 429 401 RM. Verlust) ergibt. Die Generalversammlung genehmigte ohne Debatte die Regularien.

Konturs der Bayerischen Flugzeugwerke. Die Bayerischen Flugzeugwerke AG, Augsburg (Aktienkapital 0,3 Mill. RM.), hat ihre Zahlungen eingestellt und den Konturs angemeldet. Das Werk hatte von der Deutschen Luftwaffe einen Auftrag von 10 Spezialflugmaschinen erhalten und von diesen drei abgeliefert. — Nach einem tödlichen Unfall einer dieser drei gelieferten Maschinen hat die Deutsche Luftwaffe die Abnahme der ausstehenden 7 Maschinen im Gesamtwerte von 0,33 Mill. Reichsmark, die zum Teil bereits fertiggestellt waren, verweigert und ihre Zahlungen an die Bayerischen Flugzeugwerke eingestellt.

Die **Wah & Freitag Akt.-Ges.** in Frankfurt a. M., die im vergangenen Jahr auf die 12 Millionen RM Stammaktien noch 8 Prozent Dividende verteilt hat, weist für 1930 einen Verlust von 3,48 Millionen RM aus. In Höhe von 2,02 Millionen RM erklärt sich dieser Verlust aus Sonderabschreibungen, die auf Debitoren erforderlich wurden, und in Höhe von 0,15 Mill. RM aus notwendigen Wertberichtigungen bei Materialien und Vorräten. Außer diesen Verlusten hat die Gesellschaft also im regulären Geschäftsbetrieb noch eine Einbuße von 1,3 Millionen RM erlitten, da es nicht möglich war, die 1,6 (1,76) Millionen RM betragende Verwaltungs- und Steuerkosten und die auf 0,88 (1,32) Millionen RM bereits stark reduzierten regulären Abschreibungen aus dem auf 2,42 (3,58) Millionen RM zusammengesetzten Betriebsgewinn zu decken. Der scharfe Gewinnrückgang resultiert in erster Linie aus dem Inlandgeschäft. Im Inlande war es nicht möglich, die für die Organisation erforderliche Auftragsmenge zu erreichen, und der Umsatz der Gesellschaft ging auf rund 68 (rund 80) Millionen RM zurück. Man ist bemüht, durch umgestaltete Organisation die Unkosten den reduzierten Geschäftsmöglichkeiten anzupassen. Zur Deckung des Verlustes wird die 8,07 Mill. RM gesetzliche Rücklage aufgelöst und 0,41 Mill. RM belassen noch die neue Rechnung.

Aus der Landeshauptstadt

Überweisung von Zeitungen nach Sommerfrischen, Kur- und Badeorten. Für die bevorstehende Reisezeit werden die nachstehenden Bestimmungen über die Nachsendung von Zeitungen von allgemeinem Interesse sein. Anträge auf Überweisung durch die Post bezogener Zeitungen sind möglichst 3 bis 4 Tage vor der Abreise beim Zustellungspostamt zu stellen. Den Anträgen, wozu auch besondere Vordrucke, die bei den Postanstalten kostenfrei erhältlich sind, verwendet werden können, sind für jede Zeitung 50 Pf. in bar oder in Freimarken beizufügen. Die Rücküberweisung nach dem Heimatort, die in jedem Falle bei der Postanstalt des neuen Bezugsortes besonders zu beantragen ist, erfolgt im Deutschen Reich gebührenfrei, wenn sie innerhalb der Bezugszeit geschieht, in der die Überweisung nach auswärts erfolgt ist. Wegen Überweisung von Zeitungen nach dem Auslande wende man sich an die Zeitungsstelle des Postamts. Wegen der Zeitungen, die nicht im Wege des Postverkehrs, sondern durch die Zeitungsfrau u.ä. bezogen werden, wende man sich unmittelbar an den Verlag der Zeitung.

Kammermusikumfrage 1931. Eine interessante Abstimmung hat auch in diesem Jahr wieder die Konzertdirektion Kurt Neufeld durch Verteilung von Fragebogen bei ihrem letzten Kammermusikabend vorgenommen, um zu ermitteln, welche Kammermusikvereinigungen den Abonnenten dieses zu großen Ansehen gelangten Konzertes erwünscht sind. Es wurden im ganzen 55 dieser Fragebogen ausgefüllt wieder zurückgeschickt; nachstehend seien die Stimmengahlen veröffentlicht: Guarneri-Quartett 53, Busch-Quartett 49, Kollisch-Quartett 44, Klingler-Quartett 40, Rosé-Quartett 38, Wendling-Quartett 34, Das böhmische Streichquartett 23, Gewandhaus-Quartett 21, Pozniak-Trio 14, Leipziger-Streich-Trio 10, Budapest-Quartett 10, Züricher-Quartett 8, Amar-Quartett 7, Anna-Kremer-Trio 6, Keneer-Quartett 6, Jilcher-Trio 4, Jilka-Quartett 4, Dresden-Quartett 3, Fajsbender-Rohr-Trio 2, Wasler-Trio 1 Stimme. Den Wünschen der Mehrheit durchaus Rechnung tragend, wurden also für die nächste Spielzeit engagiert die Streichquartette: Guarneri, Kollisch, Klingler, Rosé, Wendling und Gewandhaus. Das Busch-Quartett mußte allerdings leider fortfallen, da es den ganzen Winter über in Nordamerika konzertieren wird. Die Ausgabe der Abonnementskarten hat begonnen. Vorverkauf nur Waldstraße 81, in der Musikalienhandlung Kurt Neufeld.

Bekanntmachung.

Die **Anleihe der Stadt Heidelberg vom Jahre 1926** betr.
Die nach dem Tilgungsplan zu obigem Anlehen auf 1. September d. J. einzulösenden Schuldverschreibungen im Nennbetrage von 60 700 RM stehen der Stadt aus freihändigen Rückkäufen zur Verfügung. Eine Auslösung findet daher auch in diesem Jahre nicht statt.
Mit den früher bereits eingelösten Stücken sind nunmehr insgesamt 170 400 RM getilgt.
Der **Oberbürgermeister.**

Bei der **Münchener Frauentirche-Geldlotterie** — Ziehung 9. Mai 1931 — wurden unter den für Baden genehmigten und verlaufenen Losen folgende Nummern gezogen: Mit 3 000 RM Nr. 160 173; mit je 20 RM Nr. 46 615, 65 549; mit je 10 RM 53 768, 154 653, 186 307, 261 820, 277 592, 298 238; ferner mit je 3 RM alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen 037, 989; und mit je 1 RM alle Lose mit den Endzahlen 000, 015, 066, 102, 142, 185, 204, 299, 303, 315, 369, 379, 392, 408, 471, 604, 752, 807, 822, 841, 851, 906, 940, 956 (ohne Gewähr). R. 232

A. 328. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **L. Schandwein** in Karlsruhe, Melancthonstraße 3, wurde mangels Masse unterm 27. Mai 1931 eingestellt. Karlsruhe, den 29. Mai 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

Bekanntmachung.

Nach stattgehabter Verlosung wurden nachstehende Schuldverschreibungen der **Israel. Gemeinde** vom 8% igen Anlehen des Jahres 1925 zur Heimzahlung auf 1. Oktober d. J. bestimmt: Nr. 76, 114, 159, 187, 212, 236, 274, 288, 338, 398 mit je 500 RM. R. 230
Mit dem 1. Oktober d. J. endigt der Zinslauf. Die Einlösung erfolgt bei unserer Gemeindefasse M. 6, 12. Mannheim, 1. Juni 1931.
Der **Synagogenvorstand.**

Zum **Neubau der Telegraphenwerkstätte** Karlsruhe öffentlich zu vergeben Grab-, Maurer- und Betonarbeiten, Steinhaue-, (Granit und Kunststeine), Zimmer-, Grobholzsararbeiten und Holzlefenlieferung. Pläne, Bedingnisheft bei der Hochbauabteilung der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe, Bahnhofstraße Nr. 1, Zimmer 79, wo Vordrucke persönlich abgeholt sind. Angebote beschließen, postfrei mit der Aufschrift „Neubau einer Telegraphenwerkstätte Karlsruhe, Angebot auf ... arbeiten“ versehen, längstens bis **Mittwoch, den 17. Juni 1931, 10 Uhr**, an die unterfertigte Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. R. 494
Karlsruhe, 1. Juni 1931.
Reichsbahnbetriebsamt 1.

Reichsbahnbetriebsamt 1.
Karlsruhe, 1. Juni 1931.
Regie: v. d. Linden

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe, von Mittwoch morgen: Unter dem Einfluß eines Zwischenhochs ist heute Besserung des Wetters eingetreten und wird im wesentlichen auch noch bis morgen anhalten. Infolge Einstrahlung steigt tagsüber wieder Erwärmung in Aussicht. Der längere Bestand des heiteren Wetters ist jedoch durch neue, heute schon bis zu den britischen Inseln vorgestoßene atlantische Zyklone in Frage gestellt. Wetterausblick für **Freitag**, den 4. Juni: Noch vorwiegend heiter und trocken und am Tage wärmer. Im Gebirge höchstens vereinzelt gegen Abend Wärmegewitter.

Wasserstände: Waldshut 406 plus 11, Bazel 224 plus 10, Schusterinsel 296 plus 10, Rehl 430 plus 15, Magaz 624 plus 9, Mannheim 546 plus 7, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 2. Juni. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich der 30 Jahre alte ehemalige Justizwachmeister beim Landgericht, **Heinrich Veitner**, wegen Diebstahls zu verantworten. Seit 1926 kamen auf verschiedenen Kanälebüros des Landgerichts wiederholt kleinere Geldbeträge abhanden. Veitner bestritt eine Reihe von Diebstählen und gab nur zu, in drei Fällen Vortürschritte von Nichtern aufgebrochen zu haben. Weiter gestand er ein, auf dem Büro der Nationalsozialistischen Partei — er gehörte dem Spielmannschor der Partei an und hielt sich oft in den Geschäftsräumen auf — ein unausgefülltes Scheckformular entwendet zu haben. Das Urteil lautete auf 10 Monate Gefängnis.

D3. Heidelberg, 3. Juni. Wie der D3-Dienst zuverlässig erfährt, wird der amerikanische Vorkämpfer in Berlin, **Saffert**, an den Einweihungsfeierlichkeiten der neuen Universtität nicht teilnehmen.

Hd. Pforzheim, 2. Juni. In der Nacht zum Dienstag ist Kirchenmusikdirektor **Albert Fauth** unerwartet gestorben. Der Verstorbenen hat im kirchenmusikalischen Leben unserer Stadt sowohl wie im Vereinsleben jahrzehntlang eine hervorragende Stellung eingenommen.

D3. Mensingen bei Bretten, 1. Juni. Im Alter von 93 Jahren ist der Altpolizeidiener **Johann Schmidt**, der bis vor 4 Jahren noch im Gemeinbedienst tätig war, aus dem Leben geschieden. Er verjah 34 Jahre lang das Amt des Polizeidienerers.

D3. Ruchloch, 3. Juni. Bürgermeister **Jakob Faust**, der bereits in zweiter Amtsperiode tätig ist, feierte in diesen Tagen seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurden ihm von den Vereinen und Organisationen der Stadt zahlreiche Ehrungen zuteil.

D3. Offenburg, 2. Juni. Der **Obstgroßmarkt** in hiesiger Gemeinde beginnt **Mittwoch, 3. Juni.** Markttag sind: Montag, Mittwoch und Freitag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Marktplatz, in der Nähe des Bahnhofs. Zum Verkauf gelangen zunächst Frühfrüchte und Erdbeeren. Die Hauptfrüchterente erfolgt etwa Mitte des Monats.

Hd. Konstanz, 2. Juni. Auf der Lokomotive eines in Kreuzlingen eintreffenden Zuges der Mittel-Turgau-Bahn plakte während der Fahrt plötzlich ein Siederrohr. Unter hohem Druck strömten Dampf und Gase aus, die den Aufenthalt im Führerstand unmöglich machten. Der Lokomotivführer und der Heizer flüchteten auf die Trittbretter seitlich des Führerstandes. Von hier aus bediente der Lokomotivführer Regulator und Bremsen und brachte den Zug glücklich in den Bahnhof. Dabei ist ihm aber die eine Hand vom ausströmenden Dampf verbrüht worden.

D3. Elzach, 2. Juni. Das Erdbeben, das, wie berichtet, in manchen Teilen des Schwarzwaldes bemerkt worden ist, hat man auch im Elzale am Freitagnachmittag deutlich wahrgenommen, insbesondere in den beiden Orten **Elzach** und **Kollnau**.

Soeben erschien:

Kraftfahr-Vorschriften für Karlsruhe

von **Dr. Fritz Oppenheimer**
Rechtsanwalt in Karlsruhe
Preis 2,40 RM.

Die Straßenpolizeiordnung vom 2. Januar 1930 mit Erläuterungen, unter Berücksichtigung der Kraftfahrzeuordnung, der Badischen Straßenverkehrsordnung und der bad. Rechtsprechung Das Buch ist für die Praxis bestimmt. Der Verfasser behandelt in eingehender und wissenschaftlicher Weise, ausgehend von der Karlsruhe Straßenpolizeiordnung, alle wichtigen Fragen des Kraftverkehrsrechts, wie das Vorkahrrecht, Hauptverkehrswege, Sorgfaltspflicht, Überholungsverbote, Pflichten der Fußgänger usw. Im Interesse der Übersichtlichkeit sind die dazu gehörigen Bestimmungen der Kraftfahrzeuordnung und der badischen Straßenverkehrsordnung dazu noch angeführt. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Verfasser weitgehend die für Baden besonders wichtige Rechtsprechung des badischen Obergerichts berücksichtigt.
Die örtlichen Bestimmungen in Baden sind überall ähnlich wie in Karlsruhe. Für jeden Juristen und Kraftfahrer, der sich somit für das wichtige Gebiet des Kraftverkehrs in Baden Aufschluß verschaffen will, dürfte daher dieses Buch unentbehrlich sein.

Verlag G. Braun • Karlsruhe • Karl-Friedrich-Straße 14 • Tel. 952, 953, 954



Badisches Landestheater

Donnerstag, 4. Juni 1931
Th.-Gem. 1301-1400

Lamnhäuser

Von Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Krusch

Mitwirkende:
Kanz, Fischbach, Reich, Dörich, Winter, Krauß, Silgradt, Gosbach, Rießer, Rentwig, Dörner, Schoepflin, Schuster, Strad

Anfang 18^{1/2} Ende 22^{1/2}
Preise D 1-8 RM

Freitag, den 5. Juni 1931
*F 27 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 101-200

Vorunterfuchung

Schauspiel von Max Auberg und Otto Ernst Pfeife
Regie: v. d. Linden

Mitwirkende:
Bertram, Frauendorfser, Genter, Kademacher, Schreiner, Brand, Graf, Höder, Just, D. Kienicher, S. Kienicher, Koeble, Kuhne, Luther, Müller, Priiter, Schulze, Seibert

Anfang 20 Ende 22^{1/2}
Preise A 0,70-5 RM

So. 6. 6. Zum erstenmal: über allen Rauber Diebe. So. 7. 6. Undine. Im Konjertthaus: Meine Frau, das Fräulein.

Wir werben für Sie!

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HAND WÄRMEN
DOSSENHEIM 1861

STRAßENBAU-MATERIAL

Öffentl. Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenhand	4 207,42	1. Spareinlagen	1 230 138,36
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken und Postamt	154 999,41	2. Aufwertungsreserveinlagen	702 170,73
3. Wechsel	44 230,04	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	123 952,37
4. Darlehen auf Hypotheken	1 261 785,97	4. Anlehens- und andere Schulden (Dollarschuldenscheckredit an der Landwirtschaft)	224 882,92
5. Darlehen in laufender Rechnung	266 891,13	5. Rücklagen	
6. Darlehen an Gemeinden	258 894,—	a) gesetzlicher Reservefonds	88 391,49
7. Darlehen auf Schuldschein	29 833,12	b) Sonderrücklage	88 014,00
8. Aufwertungsforderungen	573 574,85	c) Aufwertungsabrechnungskonto	126 685,04
9. Forderungsrückstände	18 913,10	6. Gemeinwinne vom Jahre 1930	40 006,44
10. Grundstücke und Gebäude	1,—		
11. Gerätschaften	1,—		
	2 613 331,04		2 613 331,04

Berechnung der Rücklage:

Die fahungsgemäße Rücklage hat zu betragen
8% aus 1 354 090,73 RM = 108 327,26 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 206 501,62 RM

Breisach, den 29. Mai 1931. R. 491

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: **Reher**
Der Geschäftsleiter: **Braun**

Druck G. Braun, Karlsruhe.